

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 21.03.2014

N i e d e r s c h r i f t

der 24. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 18.03.2014,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:02 - 21:07 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Christian Heimbach
Frau Eva Janzen (ab 19:15 Uhr)
Frau Natalie Orłowski
Herr Andreas Walldorf Ausschussvorsitzender

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Dr. Johannes Dittrich
Frau Dorothe Küster
Herr Michael Oswald

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Dr. Bettina Speiser
Herr Klaus-Dieter Grothe (in Vertr. für Stv. Dr. Labasch)

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler

Außerdem:

Herr Dr. Martin Preiß FDP-Fraktion (ab 19:11 Uhr)
Frau Elke Koch-Michel Fraktion LB/BLG
Herr Michael Janitzki Fraktion LB/BLG

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin

Von der Verwaltung:

Herr Ralf Pausch	Dezernat II	
Herr Dr. Holger Hölscher	Stadtplanungsamt	(bis 20:13 Uhr)
Herr Stephan Henrich	Stadtplanungsamt	(bis 20:13 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode	Schifführerin
----------------------	---------------

Gäste/Sachverständige:

Herr Dr. Hans-Joachim Grommelt	Lokale Agenda (LA21)- Gruppe "Nachhaltige Entwicklung"	(bis 19:15 Uhr)
Herr Karl-Heinz Funck	Lokale Agenda (LA21)- Gruppe "Nachhaltige Entwicklung"	(bis 19:15 Uhr)

Entschuldigt:

Herr Dr. Markus Labasch	Bd'90/Die Grünen
-------------------------	------------------

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Änderung der Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung (Lokale Agenda 21 der Universitätsstadt Gießen)
- Antrag des Magistrats vom 07.02.2014 - STV/2006/2014
3. Bebauungsplan LÜ 11/09 „Ortsbereich Lützellinden“;
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 10.03.2014 - STV/2042/2014
4. Bebauungsplan GI 04/07 „Siemensstraße/ Talstraße“, 1. Änderung;
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 24.02.2014 - STV/2049/2014

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 5. | Bebauungsplan GI 04/21 "Technologie- und Gewerbepark Leihgesterner Weg II" (Teilgebiet West);
hier: Plangebietserweiterung, Entwurfsbeschluss, Durchführung der Offenlage
- Antrag des Magistrats vom 03.03.2014 - | STV/2058/2014 |
| 6. | Bebauungsplan GI 54 "Hessenhalle 2. Änderung, Teilgebiet Schlachthof";
hier: Erneute Einleitung zur Änderung eines Bebauungsplanes
- Antrag des Magistrats vom 04.03.2014 - | STV/2062/2014 |
| 7. | Einhaltung des Überlassungsvertrages betr. Sportgelände des Vereins Blau-Weiß Gießen e.V.
- Antrag der Linke.Fraktion vom 26.02.2014 - | STV/2060/2014 |
| 8. | Beachtung des Klimagutachtens
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 10.03.2014 - | STV/2074/2014 |
| 9. | Schaffung einer legalen Ein- und Ausstiegsmöglichkeit für gehbehinderte Bürger auf dem Bahnhofsvorplatz
- Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014 - | STV/2076/2014 |
| 10. | Kurzzeit-Behindertenparkplätze am Bahnhofsvorplatz
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 10.03.2014 - | STV/2079/2014 |
| 11. | Denkmalgeschützte Treppen-Brückenkombination am Bahnhofsvorplatz
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 10.03.2014 - | STV/2078/2014 |
| 12. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. **Änderung der Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung (Lokale Agenda 21 der Universitätsstadt Gießen)** **STV/2006/2014**
- Antrag des Magistrats vom 07.02.2014 -

Antrag:

„1. Den geänderten Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung mit den zugeordneten Definitionen und Zielen wird zugestimmt.

2. Die Daten für den Indikatorensatz werden weiterhin regelmäßig erhoben und bewertet. Sie bilden die Grundlage für den nächsten Nachhaltigkeitsbericht für die Universitätsstadt Gießen.“

Herr Funck gibt eine kurze Einführung zum Hintergrund des Indikatorenbündels und zur Überarbeitung.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

3. **Bebauungsplan LÜ 11/09 „Ortsbereich Lützellinden“; hier: Abwägung und Satzungsbeschluss** **STV/2042/2014**
- Antrag des Magistrates vom 10.03.2014 -

Antrag:

„1. Die Anregungen seitens der Behörden und Träger öffentlicher Belange und die Anregungen seitens der Öffentlichkeit im Rahmen der Beteiligungsverfahren gemäß § 3 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) sowie einer erneuten, eingeschränkten Beteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.

2. Der Bebauungsplan LÜ 11/09 ‚Ortsbereich Lützellinden‘ wird mit seinen zeichnerischen (Anlage 2) und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen, Anlage 3) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung (Anlage 4) wird beschlossen.

3. Die eigenständigen, gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtliche Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung (HBO, Teil B der textlichen Festsetzungen, Anlage 3) werden als Satzung beschlossen.

4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Stv. Koch-Michel und **Stv. Dr. Preiß** verlassen gem. § 25 HGO den Sitzungssaal und nehmen an der Beratung nicht teil.

An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. Oswald, Dr. Dittrich und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR, FW; StE: CDU).

**4. Bebauungsplan GI 04/07 „Siemensstraße/ Talstraße“, 1. STV/2049/2014
Änderung;
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 24.02.2014 -**

Antrag:

„1. Die im Rahmen der Entwurfsauflegung nach den §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs.2 sowie § 4a Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange sowie einer erneuten, eingeschränkten Beteiligung nach §4a Abs. 3 BauGB wurden gemäß §§ 1 Abs.5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.

2. Der Bebauungsplan GI 04/07 ‚Siemensstraße/ Talstraße‘, 1. Änderung wird mit seinen zeichnerischen (Anlage 2) und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen, Anlage 3) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung (Anlage 4) wird beschlossen.

3. Die eigenständigen, gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtliche Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung (HBO, Teil B der textlichen Festsetzungen, Anlage 3) werden als Satzung beschlossen.

4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich begründet kurz die Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**5. Bebauungsplan GI 04/21 "Technologie- und STV/2058/2014
Gewerbepark Leihgesterner Weg II" (Teilgebiet West);
hier: Plangebietserweiterung, Entwurfsbeschluss,
Durchführung der Offenlage
- Antrag des Magistrates vom 03.03.2014 -**

Antrag:

„1. Für das Teilgebiet West des mit Einleitungsbeschluss vom 21.07.2005 im Aufstellungsverfahren befindlichen Bebauungsplanes GI 04/21 ‚Technologie- und Gewerbepark Leihgesterner Weg‘ wird der räumliche Plangeltungsbereich auf die in der Anlage 1 dargestellte Teilfläche festgelegt. Der räumliche Plangeltungsbereich wird

gegenüber der zur Verfahrenseinleitung beschlossenen Abgrenzung um eine Teilfläche westlich des Leihgesterner Weges mit den Flurstücken Gemarkung Gießen, Flur 10 Nr. 131/19+20 (Studentenwohnheime) erweitert.

2. Der am 12.09.2013 erfolgte Annahmebeschluss zum Antrag der Stadtwerke Gießen (24.10.2012) auf Durchführung eines Aufstellungsverfahrens für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan wird zurück genommen.

3. Der in der Anlage beigefügte Bebauungsplan GI 04/21 ‚Technologie- und Gewerbepark Leihgesterner Weg – Teilgebiet West‘ sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hessische Bauordnung HBO) werden als Entwurf beschlossen. Die Begründung zum Planentwurf wird beschlossen.

4. Auf der Grundlage dieser Beschlüsse sind die Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch/ BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

Stv. Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen, verweist auf einige gutachterliche Aussagen zum Thema Klima und Lufthygiene; es sei zu befürchten, dass mit dem Bauvorhaben eine Frischluftschneise zugebaut werde. Er verlangt, dass die im Umweltbericht zum Bebauungsplan (Anlage 3 zur Planbegründung) erwähnte aktuelle Klimaanalyse der Stadt Gießen (Geonet, 2013) den Stadtverordneten bis zur Stadtverordnetensitzung schriftlich vorgelegt werde.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Stv. Oswald, Dr. Speiser, Janitzki, Grothe und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

6. Bebauungsplan GI 54 "Hessenhalle 2. Änderung, Teilgebiet Schlachthof "; STV/2062/2014
hier: Erneute Einleitung zur Änderung eines Bebauungsplanes
- Antrag des Magistrats vom 04.03.2014 -

Antrag:

- „1. Für den in der Anlage 1 dargestellten räumlichen Plangeltungsbereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die 2. Änderung eines Bebauungsplanes erneut eingeleitet.
2. Die in der Anlage 2 beigefügten städtebaulichen Konzeptunterlagen werden Grundlage zur Ausarbeitung eines Bebauungsplanentwurfes.
3. Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB jedoch mit Vorprüfung des Einzelfalles durchgeführt.

4. Der Magistrat wird ermächtigt, die Offenlage und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan GI 54 ‚Hessenhalle 2. Änderung, Teilgebiet Schlachthof‘ ohne Entwurfsbeschluss durchzuführen.
5. Der erneute Einleitungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 ortsüblich bekannt zu machen.“

Stv. Küster, CDU-Fraktion, weist auf die Lärmentwicklung hin. Es müsse sichergestellt sein, dass dort bereits wohnende Anwohner in der August-Balzer Straße nicht unter einer Lärmzunahme zu leiden haben.

Weitere Fragen der Stv. Dr. Preiß, Janitzki, Dr. Dittrich und Oswald werden von Herrn Henrich, Stadtplanungsamt, und Bürgermeisterin Weigel-Greilich beantwortet.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR, FW; StE: CDU).

7. Einhaltung des Überlassungsvertrages betr. Sportgelände des Vereins Blau-Weiß Gießen e.V. STV/2060/2014
- Antrag der Linke.Fraktion vom 26.02.2014 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, den am 17. Juni 2011 geschlossenen Vertrag zwischen der Universitätsstadt Gießen, Landesgartenschau Gießen 2014 GmbH und der Spielvereinigung Blau-Weiß Gießen e.V. als nach wie vor gültig anzusehen und zu betonen, dass dieser eingehalten wird bzw. trotz Auswirkungen des Rettungsschirms eingehalten werden kann.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig abgelehnt.

8. Beachtung des Klimagutachtens STV/2074/2014
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 10.03.2014 -

Antrag:

- „Der Magistrat wird aufgefordert,
- die Empfehlungen des Klimagutachtens bei allen Bau- und Umbaumaßnahmen zu beachten und
 - umgehend einen ‚Klimaplanatlas Gießen‘ zu erstellen, um Planungshinweise für die Bauleitplanung zu erhalten.“

Stv. Janitzki begründet kurz seinen Antrag und bittet um getrennte Abstimmung der Spiegelstriche.

Beratungsergebnis:

Der 1. Spiegelstrich wird einstimmig abgelehnt.

Der 2. Spiegelstrich wird einstimmig abgelehnt.

Die Vorlage STV/2074/2014 wird einstimmig abgelehnt.

9. Schaffung einer legalen Ein- und Ausstiegsmöglichkeit für gehbehinderte Bürger auf dem Bahnhofsvorplatz - Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014 - **STV/2076/2014**

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert auf schnellstem Wege auf dem Bahnhofsvorplatz eine legale Ein- und Ausstiegsmöglichkeit für gehbehinderte Bürger zu schaffen.“

Vorsitzender ruft die Tagesordnungspunkte 9 und 10 zur gemeinsamen Beratung auf.

Herr Dr. Preiß, FDP-Fraktion, begründet kurz seinen Antrag. Unter anderem merkt er an, dass die jetzige Art der Andienung zum Bahnhof für gehbehinderte Mitbürger nicht akzeptabel sei. Der Weg von den Kurzzeitparkplätzen, aber auch vom Parkhaus „Lahnstraße“ sei mit Gepäck ganz einfach zu beschwerlich und zu lang für gehbehinderte Menschen.

Stv. H. Geißler, FW-Fraktion, **regt an, den Antrag wie folgt zu ändern:**

„Der Magistrat wird **gebeten zu prüfen, wie und wo** auf dem Bahnhofsvorplatz eine legale Ein- und Ausstiegsmöglichkeit für gehbehinderte Bürger **geschaffen werden kann.**“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erteilt sämtlichen Überlegungen, die auf eine nachträgliche Veränderung abzielen, eine klare Absage. Die Fachverwaltung habe alle infrage kommenden Varianten intensiv geprüft. Sie glaubt, es gehe letztlich darum, dass jeder bis zum Haupteingang vordringen möchte. Unter die Bezeichnung „gehbehinderte Menschen“ falle ein viel zu großer Teil, als dass diesem die Möglichkeit, bis an das Hauptgebäude heranzufahren, eingeräumt werden könne. Auch die Platzverhältnisse rund um den Bahnhof lassen nachträgliche Veränderungen einfach nicht zu. Kurz um, es werde weder eine Ein- und Ausstiegsmöglichkeit noch Kurzzeitparkplätze für Menschen mit Behinderungen geben und auch eine Prüfung, wie von Herrn Stv. Geißler angeregt, komme nicht in Frage.

Stv. Koch-Michel begründet für die Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen den Antrag STV/2079/2014.

Aufgrund der ausführlichen Diskussion, an der sich die Stv. Dr. Preiß, Koch-Michel, Dr. Speiser, Küster, H. Geißler, Grothe und Bürgermeisterin Weigel-Greilich beteiligen, und der Zusage von Bürgermeisterin Weigel-Greilich, in der kommenden Bauausschusssitzung die bereits 2010 beschlossene Verkehrsplanung nochmals vorzustellen und die Situation bei einem Ortstermin, zu dem neben den Behindertenverbänden auch die Stadtverordneten eingeladen werden, zu erläutern, stellt die FDP-Fraktion ihren Antrag, STV/ 2076/2014 in der Beratung zurück.

Beratungsergebnis:

Bis zur nächsten Bauausschusssitzung in der Beratung zurückgestellt.

**10. Kurzzeit-Behindertenparkplätze am Bahnhofsvorplatz STV/2079/2014
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 10.03.2014 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, alternative Planungen für die Einrichtung von Kurzzeit-Behindertenparkplätze, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofgebäudes, bis Juli 2014, der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Der Magistrat wird bis zur Vorlegung der Planungen gebeten, am Rande des Regionalbusbahnhofes in unmittelbarer Nähe des Gleis 1, einen Verkehrsversuch zum Be- und Entladen durchzuführen.“

Stv. H. Geißler, FW-Fraktion, bittet um getrennte Abstimmung der Absätze.

Beratungsergebnis:

Absatz 1 wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR; Ja: FW).

Absatz 2 wird einstimmig abgelehnt.

**11. Denkmalgeschützte Treppen-Brückenkombination am STV/2078/2014
Bahnhofsvorplatz
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 10.03.2014 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, damit die denkmalgeschützte Treppen-Brückenkombination erhalten bleibt. Weiterhin wird der Magistrat gebeten mitzuteilen, ob mit den Denkmalbehörden die mittlerweile Umgestaltung der Treppenaufgänge abgesprochen worden ist und ob dafür Fördermittel beansprucht wurden.“

Stv. Koch-Michel, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen, begründet kurz den Antrag.

Stv. Dr. Speiser, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **regt an, den Antrag wie folgt zu ändern:**

*„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, **zu berichten, welche Maßnahmen ergriffen werden können**, damit die denkmalgeschützte Treppen-Brückenkombination erhalten bleibt.*

Weiterhin wird der Magistrat gebeten mitzuteilen, ob mit den Denkmalbehörden die mittlerweile Umgestaltung der Treppenaufgänge abgesprochen worden ist und ob dafür Fördermittel beansprucht wurden.“

Stv. Koch-Michel übernimmt die vorgeschlagene Änderung.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

12. Verschiedenes

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Sitzung am Dienstag, **20.05.2014, 19:00 Uhr**, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Walldorf

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Allamode